



Antiatomarer Schaulauf

In Bayern kämpft der Bund Naturschutz nicht erst seit Japan gegen Atomkraft

Pat Christ

Plötzlich passt sie selbst eingefleischten Befürwortern nicht mehr: Atomenergie ist in Misskredit geraten. Wie glaubwürdig wohl die Anti-Kernkraft-Bekundungen sind? Skepsis ist angezeigt. Lieber jenen vertrauen, die sich schon lange gegen atomare Energie aussprechen. In Bayern beispielsweise kämpft der Bund Naturschutz seit Jahren für erneuerbare Energie und gegen Kernkraft. Bereits im Sommer 2008 startete der BN die Kampagne „Elf leere Phrasen“ gegen Atom-Propaganda.

Während sich dieser Tage in rasender Geschwindigkeit Freundinnen und Freunde der Atomlobby zu vermeintlichen Gegnerinnen und Gegnern wandeln, forderte BN-Mitglied Sebastian Schönauer schon vor drei Jahren: „Wir brauchen eine Energie-Revolution.“ Die bedeutet für den BN an erster Stelle einen sofortigen Ausstieg aus der „unbeherrschbaren“ Atomtechnologie. Dem Naturschützer zufolge existiert in Deutschland eine „riesige Überkapazität“ an Strom. Deutschland sei in den letzten Jahren zu einem der größten Stromexporteure der Welt geworden.



Foto: Pat Christ

Adressaten der Kritik von 2008 waren politische Akteure, die inzwischen nicht mehr die Gelegenheit haben, zum antiatomaren Schaulauf auf politisch dünnem Eis anzutreten. Etwa Wirtschaftsminister Michael Glos. Dem warf der BN vor, bewusst Angst vor Energieverknappung durch einen Atomausstieg zu schüren. Deutschland, erklärte Glos vor dem Energiegipfel 2006, brauche die Kernkraft als „Übergangsenergie“. Erst, wenn es preiswerte Technologien zur Erzeugung alternativer Energien gebe, könne über eine Reduzierung der Kernkraft nachgedacht werden. Noch sei es jedoch nicht möglich, zu wirtschaftlichen Bedingungen nennenswerte Mengen alternativer Energie zu erzeugen...



Sebastian Schönauer (rechts): „Wir brauchen eine Energie-Revolution.“
Foto: Pat Christ

Der Bund Naturschutz sensibilisiert die Öffentlichkeit jedoch nicht nur für die ökologischen Konsequenzen der Atomkraft. Er weist darauf hin, in welchem Maße eine atomlobbyfreundliche Energiepolitik die Steuerzahler belastet. So wurde die Atomindustrie, einer Recherche der Naturschützer zufolge, in den vergangenen 30 Jahren mit Steuergeldern in Höhe von 25 Milliarden Euro gefördert. Die Mittel flossen unter anderem in wissenschaftliche Begleitstudien. Skandalös ist für den BN auch, dass die Energiekonzerne steuerfreie Rückstellungen für die Endlagerung und die Demontage ihrer Kraftwerke bilden dürfen. Diese belaufen sich inzwischen auf mehr als 23 Milliarden Euro.

Lukrative Nebengeschäfte



In aller Stille wurde sich in den vergangenen Jahren dieses (selbstverständlich verzinsten) Geldes bedient – zum Beispiel, um Atomstrom zu Dumpingpreisen anzubieten oder gewinnträchtig an der Börse zu spekulieren. Eine Studie des Wuppertal-Instituts aus dem Jahr 2000 stellte fest, dass zehn der 19 deutschen Atomkraftwerke nur deswegen wirtschaftlich arbeiten, weil sie das lukrative Nebengeschäft mit den Rückstellungen haben. Würden die Gewinne durch die steuerfreien Rückstellungen abgeschöpft, stände sehr viel Geld für alternative Energie zur Verfügung. Hinzu kommen die Millionenbeträge, die die Energiekonzerne seit Jahren in dreiste „Green Wash“-Werbung investieren.

So mancher Politiker, der für die Atomkraft trommelte, tat dies deshalb, weil er mit der Atomlobby unter einer Decke steckte – auch darauf weist der Bund Naturschutz seit langem hin. Immer wieder wechselten gerade „schwarze“ Politiker in die Energiewirtschaft. So übernahm die CDU-Politikerin Hildegard Müller, einst Staatsministerin im Bundeskanzleramt, die Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Gerald Hennenhöfer wechselte 1998 vom Atomaufseher zum Atomlobbyisten, wurde 2004 Atomberater und 2009 als Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium neuerlich Atomaufseher.

Verblüffend auch der Wandel der ehemaligen Grünen-Politikerin Margareta Wolf. Laut der Organisation Lobby-Control trat Wolf 2008 als Konsequenz aus den internen Streitigkeiten bezüglich der Atomdebatte aus der Partei aus und wechselte hauptberuflich zur Beratungsfirma Deekeling Arndt Advisors (DAA), die unter anderem die Interessen der Atomlobby unterstützt. Der grüne Schwabe Rezzo Schlauch, von 1998 bis 2002 Bundesfraktionsvorsitzender seiner Partei, wurde 2005 Beiratsmitglied bei Energie Baden-Württemberg (EnBW). Das Unternehmen gehört zur Hälfte dem französischen Atomstromkonzern EDF und betreibt in Deutschland zwei Atomkraftwerke.

Keine Suche nach Alternativen



Wie glaubwürdig also ist die plötzliche politische Kernkraftgegnerschaft angesichts der jahrelangen Weigerung, Alternativen zum bisherigen Weg zu finden? Kanzleramtsminister Ronald Pofalla hob denn auch auf einer CDU-Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt am Main hervor, dass die Bundesregierung ungeachtet des Moratoriums bei den Atomkraftwerken weiter zur friedli-

chen Nutzung der Kernenergie steht. „Ich halte die friedliche Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie für vertretbar“, wird der CDU-Politiker zitiert. Mit Blick auf Japan betonte Pofalla, nicht menschliches Versagen, sondern eine Naturkatastrophe sei die Ursache für die Probleme der japanischen Atomreaktoren.

Allein der zunehmende Protest gegen Kernenergie mag Annette Schavan dazu bewogen haben, sich gegen Atomkraft auszusprechen. Vor drei Jahren war sie noch Hauptautorin jener elf leeren Phrasen, gegen die der Bund Naturschutz zu Felde zog. Damals hatte sie behauptet: „Wir brauchen dringend die Laufzeitverlängerung – auch als Beitrag zum globalen Klimaschutz.“ Der BN hatte dies als Propaganda entlarvt. In Deutschland seien die Kraftwerke seit drei Jahrzehnten unangefochten Spitzenreiter bei der Luftverschmutzung. Denn die Stromkonzerne hätten neben der Atomkraft die Kohlekraft ausgebaut, den Klimaschutz auf Gebieten wie der Kraftwärmekopplung aber blockiert.

Falschaussagen und Propaganda begleiten die Diskussionen um den Einsatz der Kernenergie also seit Jahren. So hielt Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Japan auch nur kurze Zeit „inne“, um Deutschlands Energiepolitik zu überdenken. Nur wenige Tage nach der Katastrophe erklärte sie Mitte März im Bundestag: „Wir wissen, wie sicher unsere Kernkraftwerke sind. Sie gehören zu den weltweit sichersten.“ Eine Aussage, die die Physikerin nicht zum ersten Mal getroffen hat. Im Mai 2008 hatte sie beim Deutschen Katholikentag erklärt: „Ich halte es für nicht sinnvoll, dass ausgerechnet das Land mit den sichersten Atomkraftwerken die friedliche Nutzung der Atomenergie einstellt.“



Foto: Pat Christ

Gefährlicher als Tschernobyl



Als könnten nur in Ländern wie Russland Atomkraftwerke so außer Kontrolle geraten, dass unzählige Menschen dahingerafft werden – fast 100.000 sollen es nach Greenpeace-Analysen als Konsequenz von Tschernobyl sein beziehungsweise noch werden. Der BN verweist auf die Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke, nach der es in der Bundesrepublik zu weit schlimmeren Reaktorkatastrophen kommen könnte als in Fukushima und Tschernobyl. Der Untersuchung zufolge könnte es mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit zu einem Unfall kommen, bei dem 14.000 Menschen sofort und Hunderttausende in der Folge sterben würden.

Eigenartig, wie Politikerinnen und Politiker noch immer behaupten können, Deutschlands Atomkraftwerke seien sicher. Die Störfalllisten, die ihnen doch bekannt sein sollten, sprechen eine andere Sprache. Laut der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen stehen darauf die altersschwachen Atommeiler Biblis A und B, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel mit jeweils rund 400 Störfällen ganz oben. Wie leicht Terroristen das Gelände eines AKWs besetzen könnten, das zeigte eine Aktion von Greenpeace: Am 22. Juni 2009 gelangten Aktivisten der Umweltschutzorganisation binnen kürzester Zeit auf die Kuppel des Atomkraftwerks Unterweser.

Erhöht wird das Risiko deutscher Reaktoren dadurch, dass die Atomaufsicht Überprüfungen nach einem Regelwerk vornimmt, das heute als nicht mehr fachgerecht gilt. Zwar gibt es inzwischen ein neues Regelwerk, doch eine verbindliche Grundlage für die Atomaufsicht ist es noch immer nicht: Bund und Länder hatten vereinbart, von Mitte 2009 bis Ende Oktober 2010 die neuen Regeln im praktischen Betrieb zu erproben. Die Überarbeitung soll erst Mitte 2011 abgeschlossen sein. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) lehnt es denn auch ab, das verschärfte Regelwerk mit möglicherweise teuren Nachrüstanforderungen bei der nun anstehenden AKW-Überprüfung anzuwenden.

*Der Dieb ließ ihn da:
Dort im Fensterrahmen
steht
der leuchtende
Mond.*

Haiku von Ryokan (1758 - 1831)

Kaskade per Gummischlauch



Im Atomkraftwerk Harrisburg (USA) hatte Ende März 1979 ein harmloser, falsch angeklebter Gummischlauch eine Kaskade in Gang gesetzt. Wasser trat in eine Luftleitung ein, es kam zur Kernschmelze, Radioaktivität trat aus. „Leider müssen wir resümieren, dass sich seitdem nichts geändert hat“, heißt es in der aktuellen Resolution der Jugendgruppe des Bund Naturschutz, in der Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und Staatsminister Dr. Markus Söder aufgefordert werden, sich umgehend für die Abschaltung aller bayerischen Atomkraftwerke einzusetzen.

Politiker, die tatsächlich größtmögliche Sicherheit für ihr Volk zu erreichen versuchen, müssen sämtliche Atomkraftwerke in spätestens zwei Jahren abschalten, betont auch BN-Landesvorsitzender Hubert Weiger: „Angesichts der Unbeherrschbarkeit der Atomreaktoren bei unkalkulierbaren Ereignissen wie Erdbeben, Flugzeugabstürzen, terroristischen Angriffen oder menschlichem Versagen ist der Schutz der Bevölkerung nicht sicher zu stellen.“ Alte Atommeiler aus den siebziger Jahren wie Isar 1 bei Landshut, Grafenrheinfeld oder Gundremmingen müssten sofort vom Netz.



**HUMANE
WIRTSCHAFT**

Zur Autorin
Pat Christ

Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg. Seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig. Schwerpunkte: Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

“In Deutschland gilt derjenige als viel gefährlicher, der auf den Schmutz hinweist, als der, der ihn gemacht hat.”

Carl von Ossietzky